

Antrag

der Abgeordneten Dr. Gesine Löttsch, Gökay Akbulut, Lorenz Gösta Beutin, Heidrun Bluhm, Jörg Cezanne, Dr. André Hahn, Ulla Jelpke, Kerstin Kassner, Jan Korte, Caren Lay, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Amira Mohamed Ali, Niema Movassat, Petra Pau, Victor Perli, Ingrid Remmers, Martina Renner, Kersten Steinke, Friedrich Straetmanns, Dr. Kirsten Tackmann, Andreas Wagner, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

Weltfriedenstag als europäischer Feiertag

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

sich dafür einzusetzen, den Weltfriedenstag am 1. September als europäischen Feiertag in ganz Europa zu begehen.

Berlin, den 27. Juni 2018

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion

Begründung

Die Europäische Union ist in einer schweren Krise. Immer mehr Menschen verlieren das Vertrauen in diese Institution. Ein grundlegendes Problem in der EU ist, dass viel zu wenig Menschen miteinander ins Gespräch kommen. Gespräche finden in der Regel zwischen Regierungsvertretern und Beamten statt, weniger zwischen Bürgerinnen und Bürgern unterschiedlicher Staaten. Das muss sich unbedingt ändern.

Ein gemeinsamer europäischer Feiertag bietet den Menschen die Möglichkeit, grenzüberschreitend vielfältige spontane und organisierte Begegnungen zu erleben. Die offiziellen Feierlichkeiten können jedes Jahr von einem anderen Land ausgerichtet werden.

Der Weltfriedenstag am 1. September ist ein geeignetes Datum für einen europäischen Feiertag. Trotz aller Differenzen in Europa will die Mehrheit der Menschen ein friedliches Miteinander. Der Weltfriedenstag am 1. September erinnert uns an den Beginn des schrecklichsten Krieges in der Geschichte der Menschheit – den 2. Weltkrieg. Es wäre eine zivilisatorische Leistung, wenn es der Bundesregierung gelingen würde, andere Regierungen zu überzeugen, einen europäischen Feiertag zu beschließen. Dabei soll sich die Bundesregierung nicht nur auf die EU-Mitglieder beschränken. Einen wirklichen europäischen Feiertag gibt es nur, wenn sich möglichst alle Staaten Europas dieser Initiative anschließen.

